

Ein Keynes und ein Mandela für Indonesien?

Die Rolle der Zivilgesellschaft und die Zukunft der Demokratie

von Sugeng Bahagijo

Der Autor analysiert die Wahlergebnisse und stellt dabei die Fragen: Was bedeuten die Wahlen letztendlich für die Entwicklung und Konsolidierung der Demokratie? Werden sie eine bessere Zukunft für die Erholung der Wirtschaft, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Verbesserung des Gesundheitssystems oder qualifiziertere Ausbildung bereit halten? Kann die Wahl eine Regierung hervorbringen, die den Bürokratie- und Verwaltungsapparat vereinigen kann? Können der neue Präsident und das neue Parlament wirklich Lösungen für die drängenden Probleme bieten?

Für Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) stellt die Wahl 2004 eine Chance und zugleich eine Bedrohung für Wachstum und Konsolidierung der Demokratie dar. Sie ist eine Chance, denn die Bevölkerung bekommt die Möglichkeit, ihre eigenen Führer zu wählen. Hier besteht jedoch die Gefahr, dass die Wahlmöglichkeiten der Bevölkerung vermutlich begrenzt sein werden. Rachland Nashidik, ein erfahrener Menschenrechtsaktivist, veröffentlichte vor der Wahl am 29. Juni 2004 einen pessimistischen, aber doch realistischen Artikel in der Zeitschrift *Kompas* in dem er schrieb, dass »der politische Systemwechsel in Indonesien keine idealen politischen Wahlmöglichkeiten bereit stellt. Demokratie ist der beste Weg, jedoch bringt sie nicht immer die besten Leute hervor, besonders was das Wachstum der Demokratie selbst betrifft. Wenn wir nicht wachsam sind, können diese beiden Direktwahlen ein demokratischer Weg zurück zum Autoritarismus sein.«

Die Rolle der NGOs ist von großer Bedeutung

Zweifellos ist die Rolle der NGOs während der diesjährigen Wahl sehr bedeutend. Im allgemeinen stellten sie politische Bildung zur

Verfügung und schlugen neue Ideen für das politische System vor, so dass sich die Regierung ihrer Wählerschaft gegenüber verantwortungsvoller zeigen kann, wie zum Beispiel mit der Umwandlung der indirekten in eine direkte Präsidentenwahl. Abgesehen davon spielten Organisationen der Zivilgesellschaft und NGOs auch eine aktive Rolle bei der Überwachung der Auszählung und Implementierung der Wahlergebnisse.

In erster Linie sollte die Rolle des Zentrums für Wahlreformen (CETRO) erwähnt werden, welches für die Umbildung des Wahlsystems arbeitet, da diese Institution, mit Unterstützung vieler bekannter Persönlichkeiten, Universitäten und NGOs, die Durchführung einer direkten Präsidentschaftswahl vorschlug, aber scheiterte. In den letzten vier bis fünf Jahren wurde CETRO, zusammen mit Prominenten wie Todung Mulya Lubis, ein bekannter Menschenrechtsanwalt, das Sprachrohr für eine Änderung des Wahlsystems in Indonesien. Zusätzlich dazu leistete CETRO bedeutende öffentliche Aufklärungsarbeit darüber, wie die Wahlkommission (KPU) ihre Arbeit in einer systematischen und kompetenten Art und Weise durchführen solle.

Wie bereits bei der letzten Wahl (1999) spielen NGOs bei der Überwachung der Wahl in diesem Jahr eine aktive Rolle. Organisationen

wie JAMPI, JKPP und KIPP (FN) führten verschiedene Arten der Überwachung durch und berichteten der Öffentlichkeit in Pressekonferenzen über die Ergebnisse, etc.. In der Zwischenzeit sind Institutionen wie die *Indonesian Corruption Watch (ICW)* und *Transparency International Indonesia* besorgt über die Kampagnengelder der Präsidentschaftskandidaten und prangern diese an.

Eine Gruppe namens Medienkoalition war einige Monate mit der Aufzeichnung der Anliegen der Bevölkerung in ganz Indonesien beschäftigt, von Aceh im Westen bis Papua im Osten. Ergebnis war die Beschwerde der Menschen über mehr als 1.000 Probleme, so zum Beispiel über die illegale Abholzung in West Kalimantan.

Besorgt über die Tatsache, dass das Ziel der Plattformen und Agenden der Präsidentschaftskandi-

Der Autor, Sugeng Bahagijo, ist Indonesier und lebt in Jakarta. Er war stellvertretender Direktor von INFID. Zurzeit arbeitet er als Berater für das nationale Entwicklungs- und Planungsbüro zur Bekämpfung der Armut unter dem Direktorat der sektoralen und regionalen Kooperation »Bappenas«. Der Artikel spiegelt die persönliche Position des Autors wieder und nicht die einer Institution.

(sugengbahagijo@yahoo.com)

daten kaum mehr in der Intention die Wahl zu gewinnen besteht und sie sich nicht wirklich für die Rechte der Menschen einsetzen, veröffentlichte eine NGO-Koalition in Jakarta, *Forum Social Jakarta* genannt, ein Alternativprogramm mit dem Namen »Zehn-Punkte-Agenda des Volkes für die Wahl.«

Gewöhnlich bekämpften Nicht-regierungs- und Studentenorganisationen Präsidentschaftskandidaten aus den Reihen des Militärs. Sie traten den Präsidentschaftskandidaten entgegen, die in der Vergangenheit Menschenrechte verletzt hatten. Munir, Direktor von *Imparsial* und eine namhafte Persönlichkeit auf dem Gebiet der Menschenrechte, unterstützte die Kandidatur von Amien Rais. Vermutlich weil er glaubte, dass Amien stärker legitimiert und besser in der Lage sei, die Menschenrechte aufrecht zu erhalten und zu stützen als andere Kandidaten — oftmals ehemalige Militärgeneräle — zumal er weder aus den Reihen des Militärs stammte, noch in die Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit verwickelt war.

Rachland Nashidik, der Menschenrechtsaktivist in Indonesien, der besorgt über die Präsidentschaftskandidaten aus dem Militärs ist, unterstützt implizit Munirs Meinung. Sein Argument lautet, wie man

es in Kompas vom 29. Juli 2004 nachlesen kann: »Während der Periode der Neuen Ordnung könnten mächtige Persönlichkeiten die Wahlperiode 2004 und die Präsidentschaftswahlen als Sprungbrett nutzen, um wieder die Macht über das Land zu erlangen.« Deshalb schlug er vor, dass die Aktivisten, besonders die NGOs, eine Position haben und den Präsidentschaftskandidaten unterstützen sollten, der im Vergleich zu den anderen Kandidaten am wenigsten schädlich für die Demokratie sei.

Dennoch, einmal abgesehen von Menschenrechtsfragen, dem System der Verantwortlichkeit und der Prozedur des politischen Systems, ist es offensichtlich, dass die Stellung der NGOs eher eine periphere als eine einflussreiche ist, wenn die NGOs behaupten, sie brächten neue und reformatorische Ideen ein. Im Hinblick

auf Gegenstand und Qualität der Präsidentschaftsdebatte, des Programms und der Plattform für politische Parteien und Präsidentschaftskandidaten trugen beispielsweise die NGOs wenig zur Einbringung neuer oder Vertiefung vorhandener Themen bei und konnten keine politische Alternative vorbringen. Deshalb handel-

Präsident und das neue Parlament eine Lösung für die Indonesien bedrängenden Probleme bieten?

Einige initiale Schlussfolgerungen werden im folgenden kurz präsentiert, um den Verlauf sowie die Ereignisse der Wahlen in diesem Jahr in Indonesien zu beobachten und zu bewerten.

Zum ersten Mal in der Geschichte dieses Landes bekamen die Indonesier das Recht, ihre Vertreter der Legislative zu wählen, sowohl auf der nationalen als auch der regionalen Ebene, sowie den Vizepräsidenten. So ist zum ersten Mal auch die

Wahl der Bürger für die politische Elite relevant, ungeachtet der Entscheidung der Wahlkommission (KPU), Abdurrahman Wahid — allgemein bekannt als Gus Dur — und seinen Vizepräsidentenbewerber, Marwah Daud, vom Präsidentschaftsrennen zu disqualifizieren, was die Wahlmöglichkeiten der Bürger tatsächlich einschränkte. Wie wir alle wissen, war Gus Dur Kandidat der Partei des Nationalen Erwachens (PKB) und eine Schlüsselfigur der *Nahdlatul Ulama* (Vereinigung gelehrter Muslime), die nominell zehn Prozent der Stimmen bei der legislativen Wahl und 40 Millionen NU-Mitglieder repräsentiert.

Die Wahlen 2004 in Indonesien richtete sich eher auf innen — als auf außenpolitische Aspekte. Im Hinblick auf die Themen, die während der Kampagnenperiode debattiert wurden und die Plattform sowie das Programm der Parteien und den Präsidentschaftskandidaten wird deutlich, dass die zur Sprache gebrachten zentralen Themen innenpolitischer Natur sind und Wirtschaft, Gesetz und Korruption sowie das Wohlergehen der indonesischen Bevölkerung betreffen. Dringliche internationale Themen kommen als Aspekte in der Präsidentschaftsdebatte nicht vor, ganz anders als bei der Wahl in Europa oder Spanien, bei der das Thema Irakkrieg aufgegriffen und zu einem ausschlaggebenden Faktor bei der Wahl des Parlaments wurde. So ist in Indonesien die Wahl eher innenpolitisch ausgerichtet und dreht sich mehr um die Frage, ob



Er singt die Nationalhymne und fragt sich, wohin die Demokratie geht ...

ten die NGOs eher wie Zuschauer als wie Hauptakteure bei der Identifizierung und Einbringung dringlicher Themen.

Indonesiens Zukunftsaussichten

Was bedeutet die Legislative 2004 und die Präsidentschaftswahlen für die Entwicklung und Konsolidierung der Demokratie? Wird die diesjährige Wahl in Indonesien eine bessere Zukunft für die Erholung der Wirtschaft, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Verbesserung des Gesundheitssystems sowie die Erreichbarkeit qualifizierter Ausbildung bereit halten? Kann die Wahl eine Regierung hervorbringen, die den Bürokratie- und Verwaltungsapparat vereinigen kann? Können der neue

der/die Kandidat/in eine Persönlichkeit der Periode der Neuen Ordnung oder ein Reformier, ob er/sie vom Militär oder Zivilist, ob er/sie national — säkular oder religiös ist und ob er/sie aus Java oder von den Außeninseln stammt.

Kuntowijoyo, ein namhafter Intellektueller der Gadjah Mada-Universität, analysierte das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen vom 5. Juli und fand, dass sich ein grundlegender Wandel in der Politik Indonesiens abzeichnete, nämlich die Abschaffung der Dichotomie »säkular versus religiös« im politischen Leben Indonesiens. Egal wer die Wahlen gewinnt — praktisch alle Kandidatentandems für die Präsidentschaft sind Teams aus säkularen und religiösen Persönlichkeiten (*Kompas* 7. Juli 2004). Gleicher Quelle zufolge hat diese Dichotomie »säkular versus religiös« den politischen Kurs in Indonesien von der Unabhängigkeit 1945 an bis zum Ende der Gelenkten Demokratie unter Sukarno beeinflusst.

Im Gegensatz zum politischen Spektrum in Europa verfügt Indonesien weder über eine Arbeiterpartei noch über eine Partei von Sozialdemokraten oder Grünen noch über irgendeine Partei, die tief in der Wählerschaft verwurzelt oder von ihr als Plattform anerkannt wäre oder für ein politisches und sozialökonomisches Programm kämpfen würde. Kurz, es gibt keine rechten, linken, liberalen oder konservativen Parteien in Indonesien, wie auch die Wahl zeigt, da die Programme fast aller Präsidentschaftsbewerber in der Mitte oder zentral zu liegen scheinen. Alle wollen die Wirtschaft wieder in Schwung bringen, Korruption abschaffen, Armut und Arbeitslosigkeit reduzieren, und alle wollen Indonesien für Investoren attraktiver machen.

Während der Wahlkampagne in Indonesien wurde im Rahmen regionaler Aspekte (ASEAN und Ostasien) und Trends zur Wirtschaftsblockbildung und zur gemeinsamen Währung in Europa nicht diskutiert, ob ökonomische oder monetäre Integration gut oder notwendig ist, um die indonesische Währung zu stabilisieren und wirtschaftliches Wachstum im Land zu erreichen oder nicht.

Es wird keine drastischen Veränderungen geben

Die Idee, einen Wirtschaftsblocks wie die Europäischen Union zu gründen oder ein monetäres Bündnis wie die europäische Währung, wurden in der Kampagne der Präsidentschaftskandidaten nicht thematisiert. Das ist recht enttäuschend, wenn man bedenkt, dass die indonesische Rupiah zum Opfer liberalisierter Kapitalflüsse und Kurzzeit-Spekulationen wurde, welche Indonesiens Währung und Finanzsystem zerstörten und die Instabilität und die Währungskrise verursacht haben. Von den Präsidentschaftskandidaten hervorgebracht wurden Aussagen über eine »Verbesserung der internationalen Kooperation« und »die Notwendigkeit für Indonesien, unabhängiger wirtschaftliche und politische Richtlinien hinsichtlich seiner Außenpolitik zu haben«.

Unabhängig davon, wer die zweite und letzte Runde der Präsidentschaftswahlen im September gewinnt, wenn wir uns das Programm und den Hintergrund der Präsidentschaftsanwärter in Begriffen von internationalen Beziehungen anschauen, ist es fast sicher, dass es keine radikalen oder drastischen Verände-

rungen in den ökonomischen oder politischen Richtlinien geben wird. Sowohl bei dem Kandidatenpaar Mega-Hasyim als auch bei SBY-Kalla wird die unabhängige Tradition oder »frei und aktiv«-Position Indonesiens in der Außenpolitik erhalten bleiben. Hinsichtlich ökonomischer Diplomatie in den Foren wie WTO, Weltbank und IWF wird Indonesien höchstwahrscheinlich einlenken und dieselbe Position einnehmen wie Indien, Brasilien und Malaysia, das heißt, es wird für die Interessen der so genannten Dritte Welt Länder und Länder des Südens kämpfen.

Wohin geht es mit der Demokratie nach den Wahlen?

Wie sind die Aussichten für Demokratie nach den Wahlen 2004? Nach den Wahlen 2004 ist klar, dass Indonesien weder in die »Gelenkte Demokratie« der sechziger Jahre noch in die autoritäre Herrschaft wie unter der Neuen Ordnung des Suharto-Regimes (1967-1998) zurückkehren wird. Wohin also wird sich Indonesien entwickeln? Eine Frage, die nicht leicht zu beantworten ist. Demokratie in Indonesien nach den Wahlen 2004 kann eine Demokratie werden, die von Politikern regiert wird oder eine Demokratie, die vom Volk regiert wird. Der erste Typ ist die Art Demokratie, in der ein Großteil der Befugnisse an die Legislative delegiert werden. Politische Entscheidungen und Politiken werden von Politikern reguliert und bestimmt, ohne Rücksicht auf die Interessen ihrer Wählerschaft oder ohne den Einfluss anderer sozialer Gruppen, sozialer Bewegungen und der Massenmedien. Der zweite Typ ist eine Demokratie, in der die Macht von Politikern und legislativer Versammlung durch direkte und indirekte Partizipation in bestimmten Politiken und öffentlichen Entscheidungen durch die Bürger und NGOs, die Rolle der Massenmedien und die Autonomie der Regierungsbürokratie ausbalanciert wird.

Hinsichtlich »governance« können wir fragen, ob die nächste Regierung eine Regierung sein wird, die »vom Markt regiert wird« oder der Typ Regierung, der den Markt reguliert. Der erste Typ ist eine Regierung,

— Anzeige —

Dokumentarfilm »Im Schatten der Pagoden«

Der Film »Im Schatten der Pagoden — Das andere Burma« der Schweizerin Irene Marty (2003) zeigt ein Burma jenseits der touristischen Pfade. Das Filmteam hat über vier Jahre in Burma, Thailand und im Kriegsgebiet an der Grenze zu Thailand recherchiert und gedreht. Im Mittelpunkt des Films steht der Überlebenskampf der ethnischen und religiösen Minderheiten Burmas.

Dokumentarfilm, 52 Min.; Drehbuch und Regie: Irene Marty; Eine Produktion der KAIROS-Film GmbH, Zürich; <http://www.burma.ch>

Der Film kann im Asienhaus zum Preis von 17 € zzgl. Versandkosten bestellt werden (<mailto:burma@asienhaus.de>).

die lediglich die Agenda von Markt, Investoren und Gruppen mit Großkapital ausführt. Hinsichtlich der Integration der indonesischen Wirtschaft in den globalen Markt einschließlich des Geldmarktes und des kurzfristigen Kapitals ist dies vernünftig. »Vertrauen der Investoren« oder »market sentiment« werden die magischen Wörter und entscheidenden Punkte für Regierungsrichtlinien und -handlungen darstellen. Der zweite Typ verweist auf eine Regierung, die die Autonomie besitzt, die Mechanismen des Marktes und der Investoren zu regulieren und zu korrigieren. Ein Beispiel ist die Rolle des Staates bei der Regulierung von kurzfristigem Kapital und des Geldmarktes. Die Stabilität von Währung und Finanzen ist im Zeitalter von Liberalisierung und finanzieller Globalisierung ohne ausreichende Regulierung und Supervision durch den Staat unmöglich zu erreichen, besonders wegen der Bewegung des kurzfristigen Kapitals, welches spekulativ ist und die Rupiah ins Schwanken bringt.

Gebraucht wird: Ein Marshal-Plan und eine Persönlichkeit mit Charisma

Wer immer die Präsidentschaft gewinnt: Ich glaube, Indonesien braucht einen neuen Marshal-Plan, um die Wirtschaft von Rezession und Krise zu befreien. Deshalb braucht Indonesien nötiger als jedes andere Land eine Person wie John Maynard Keynes, der Visionen und Argumente mitbringt und mit der Rolle des Staates als Lenker der Wirtschaft die Wirtschaftskrise und Rezession wieder in wirtschaftliche Stabilität und Erholung überführt. Das wird schwierige und harte Entscheidungen in den Richtlinien einschließen.

In politischer Hinsicht braucht Indonesien eine starke Persönlichkeit, jedoch nicht den militaristischen und autoritären Typ eines Suharto, sondern eher jemanden mit einer starken Persönlichkeit und dem Charisma eines Nelson Mandela, der im Führen eines schwierigen politischen Prozesses sowohl eine nationalistische Vision besitzt als auch menschliche Weisheit. Außerdem ist Mandela sicher und mutig im Treffen

schwieriger politischer und sozialer Entscheidungen. Ein berühmtes Beispiel ist die Bildung der Wahrheits- und Schlichtungskommission und sein Mut, große Machtbefugnisse für die nächste Generation festzuschreiben. Besitzt irgendeiner der Präsidentschaftskandidaten in Indonesien die Qualitäten und die Persönlichkeit eines Keynes oder eines Mandela? Wir werden es sehen, nach dem September 2004.

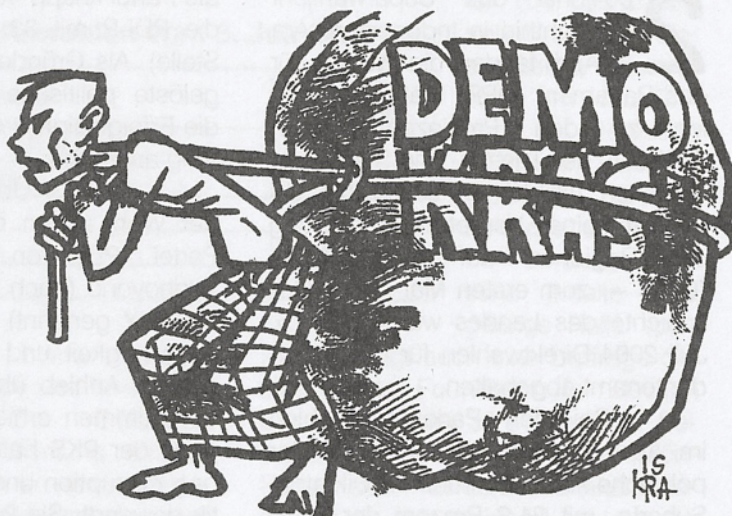
Wie sind die Aussichten für die Zivilgesellschaft?

Die Aussichten für die Zivilgesellschaft in Indonesien hängen unter anderem natürlich von der Größe ihres politischen Spielraumes nach den Wahlen 2004 ab. Das Mehr-Parteien-System wird fruchtlos bleiben, wenn die Pressefreiheit eingeschränkt bleibt. Wenn beispielsweise eine durch einen einflussreichen Geschäftsmann eingereichte Klage und ein ungerechtes Gesetzssystem zu der Verfolgung und Verurteilung eines Journalisten führt. Das Resultat der Wahlen würde auch in Frage gestellt, wenn ein gerechtes Rechtssystem und Rechtsstaatlichkeit nicht durchgesetzt werden, besonders in Fällen von Korruption, der Zerstörung der Wälder und Umweltverschmutzung. Außerdem werden die Wahlen 2004 zur bloßen formalen Prozedur einer repräsentativen Demokratie verkommen, wenn die Partizipation der Bürger bezüglich freier Meinungsäußerung nicht von der Regierung aufrechterhalten und geschützt wird.

Wenn demokratischer Raum und zivile Souveränität in einer Mehr-Parteien-Demokratie nach den Wahlen 2004 aufrecht erhalten wird, ist dies für die Zivilgesellschaft in Indonesien — Presse, NGOs, Massenorganisationen — eine Gelegenheit, an politischen und ökonomischen Entscheidungen zu partizipieren, die

vielfältiger und unterschiedlicher sind. So könnten zivilgesellschaftliche Gruppen kontinuierlich für die Rechte und Grundbedürfnisse der Indonesier in Bildung, Gesundheitswesen und um Arbeitsplätze kämpfen. Diese Gelegenheit jedoch wird zu einer verpassten Gelegenheit bzw. sie kann von den Politikern und der Legislativen zurückgenommen werden, wenn die Zivilgesellschaft in Indonesien keine Vision und keine alternative Idee bereithält, das politische System auf der Basis von Erfahrungen anderer Länder zu verbessern.

Entwicklung, die sich auf Menschenrechte gründet, eine »partizipatorische Entwicklung«, die Rolle und Repräsentation der Frauen im politischen System (Umsetzung



einer 30-Prozent-Quote für Frauen), die Partizipation der Bürger im Bürgerforum auf Stadt-, Bezirks- und Provinzebene und die Umsetzung eines »partizipatorischen Budgets« sind innovative Ideen, die angeführt werden können, um dem Eindruck der Ansicht entgegenzuwirken, dass das politische System Indonesiens oder die Demokratie lediglich aus den Wahlen bestünde, welche zu einer elitären Veranstaltung verkommen und nicht-partizipativ für marginalisierte Gruppen, Arme und Frauen seien.

Der Text wurde von der Redaktion gekürzt und von Anke Hollerbach und Gudrun Witte aus dem Englischen übersetzt.

Der vollständige Originaltext kann in der Südostasien Infostelle angefordert werden.